

Zwei Ansichten

Die Alternative der „ständigen Ausreise“ prägte politische Opposition in der DDR von Anfang an. Am Ende gescheiterter Bemühungen um die eigene und anderer Leute Änderung stand allzu oft der resignierte Abgang in den Westen. Die Auswanderung in die BRD stand am Ende einer Niederlage. Denn der Umzug in den Westen brachte eben nicht nur neue Möglichkeiten, sondern auch zumindest eine Einschränkung der Reisefreiheit mit sich: Der weitere Aufenthalt auf dem Territorium der DDR war den Ausreisern verwehrt. Freunde wie Feinde gingen gründlich verloren. Deshalb half die Staatsmacht auch manchmal nach, wenn sich die Verzweiflung an den Beschränkungen in der DDR nicht rechtzeitig einstellen wollte. Immer wieder schoben sie unliebsame Untertanen ins Nachbarland ab.

Neben solchen Verlusten im oppositionellen Milieu, entwickelte sich in den 80er Jahren eine zehntausende zählende Schicht von DDR-Bürgern, die als „Antragsteller auf ständige Ausreise“ mit ihrem Leben im Lande abgeschlossen hatten. Sie hatten keinen Grund, mit ihrer Abneigung gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR hinter dem Berg zu halten. Ihre Ziele, die kapitalistische BRD und ein individueller Erfolgsanspruch, waren für die oppositionellen Gruppen kaum akzeptabel. Die Hoffnung auf eine baldige, ständige Ausreise war nicht vereinbar mit der langfristigen Arbeit „ein erträgliches Land in ein besseres zu verwandeln“. Nach heftigen Zusammenstößen zwischen Ausreisern und Oppositionsgruppen im Zusammenhang mit der Berliner Luxemburg-Liebke-Demonstration im Januar 1988 fielen die meisten Kommentare aus Berliner Gruppen bitter aus:

„Und gar nicht so wenige Unentwegte unternehmen es, die Mauer zu diesem Märchenland durchbrechen zu wollen, die in diesem Fall leider nicht aus Müller-Milchreis besteht. Kein Zweifel, auf kuriose Weise scheinen unsere Landsleute, unsere lieben Deutschen immerhin ihren Mut wiederentdeckt zu haben. Nicht für die paar selbstverwalteten Projekte in der DDR ...

Aber für einen Umzug von Deutschland nach Deutschland ist der Mut nicht zu klein. Da steigen ‚unsere Bürger‘ zu Tausenden aus und stellen Karriere, Besitz und Familie beiseite, riskieren sogar Gefängnisstrafen. Da werden plötzlich Selbsthilfegruppen geschaffen, andererseits aber auch Kinder als Geiseln zu Demos mitgeschleppt, Frau und Kinder sitzen gelassen, Freunde und Solidarisationswillige verraten, – da ist jedes Mittel recht.“ (Die Schlaraffenland-Bewegung. Ein Kommentar statt eines Berichts, in den Umweltblättern, 12. Februar 1988)

Die oppositionellen Gruppen wandten sich heftig gegen die Unterstellung, sie selbst seien auf dem Absprung in den freien Westen oder wollten gar seine Zustände und Zuständigkeit im Osten einführen. Angesichts der Ausreisebewegung im Sommer '89 wandten sie sich vielmehr an die schweigende Mehrheit im Lande, ohne die jede Veränderung undenkbar war.



Aus einem Brief an die Unterzeichner des Neuen Forums Berlin vom 1. Oktober '89:

Wir engagieren uns im „Neuen Forum“, weil wir uns Sorgen um die DDR machen. Wir wollen hier bleiben und arbeiten. Wir bitten diejenigen, die sich anders entscheiden, unsere Bemühungen nicht mit dem Ziel einer schnellen Ausreise zu mißbrauchen. Für uns ist die Wiedervereinigung kein Thema, da wir von der Zweistaatlichkeit Deutschlands ausgehen und kein kapitalistisches Gesellschaftssystem anstreben. Wir wollen Veränderungen in der DDR.